

Projekt macht Hauptschüler fit für den Job

Wulff: Zahl der Abbrecher mindestens halbieren

Hildesheim/Celle (rn). Durch individuelle Förderung sollen lernschwache Hauptschüler in Niedersachsen besser unterstützt und auf den Berufseinstieg vorbereitet werden. Das ist das Ziel eines Modellprojekts, das Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) und der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, gestern in Hildesheim vorgestellt haben.

Landesweit werden 500 Schüler aus 88 Haupt- und Förderschulen betreut. Das Modellprojekt „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“ ist für die Dauer von eineinhalb Schuljahren geplant. Die Finanzierung übernehmen die Landesregierung und die Bundesagentur für Arbeit.

„Wir müssen dringend die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss verringern und die Anzahl der Schulabbrecher mindestens halbieren“, sagte Wulff. Probleme, die jeder Einzelne habe, müssten individuell gelöst werden. Deshalb werde bereits in den achten und neunten Klassen mit der Förderung begonnen.

Außer der Beratung und Vermittlung würden den Jugendlichen Möglichkeiten zur Berufsvorbereitung und zur Integration in den Arbeitsmarkt angeboten, erläuterte Weise. Das Modellprojekt sei eine Investition in die Zukunft. Etwa die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren in Niedersachsen habe keine abgeschlossene Ausbildung.

Unterdessen hat der Niedersächsische Städtetag eine engere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule gefordert. Da dort der Grundstein für die Bildungsfähigkeit der Kinder gelegt werde, sollten die Bildungspläne dieser Einrichtungen aufeinander abgestimmt werden, teilte der Städtetag gestern in Celle mit. Zudem regte der Verband ein Modellversuch an, bei dem die Kommunen und nicht wie bisher das Land für das Lehrpersonal zuständig sind. Bislang sind Städte und Gemeinden als Schulträger nur für Gebäude und das nichtpädagogische Personal verantwortlich.

Bei seiner Versammlung in Celle verfasste der Verband 45 Thesen zur kommunalen Bildungspolitik, die demnächst den Landtagsabgeordneten überreicht werden. Darin erwartet der Städtetag auch eine Entscheidung über das generelle Schuleintrittsalter, das derzeit in Deutschland bei sechs Jahren liegt. Im EU – Vergleich hinkt Deutschland in diesem Bereich zurück. Der Verband plädierte für einen Schuleintritt mit fünf Jahren.